



MACHT DICH

STARK!

**Das Regierungsprogramm:
ausgewählte Maßnahmen**

16. Jänner 2018

AK
Oberösterreich

Regierungsprogramm - ausgewählte Maßnahmen zu folgenden Bereichen:

- 1) Arbeitsmarkt & Arbeitslosigkeit**
- 2) Mitbestimmung**
- 3) Verteilungsgerechtigkeit**
- 4) Systemänderungen**

Arbeitslosigkeit

- ➔ **Arbeitslosengeld:** längere zumutbare Wegzeiten, Berufs-/ Entgeltschutz lockern, mehr Sanktionen → Arbeit um „jeden Preis“!
- ➔ Zeitlich absinkende Höhe beim Arbeitslosengeld
- ➔ **Notstandshilfe** wird zur Mindestsicherung
- ➔ **Mindestsicherung:** keine Pensionszeiten, dafür Vermögensverwertung! Haushaltseinkommen wird herangezogen!
- ➔ Krankenstand „frisst“ Arbeitslosengeld-Dauer
- ➔ Geringfügige Beschäftigung neben Bezug nicht mehr möglich

- ➔ „Praxisgerechte“ **Kurzarbeit** ohne GewerkschaftsmitSprache
- ➔ Weiterbildung nur im Unternehmensinteresse (Fachkräftestipendium)
- ➔ alles wird „evaluiert“ u. „geprüft“ – Jugendangebote?! Blum-Bonus neu

- ➔ **Wiedereingliederungsteilzeit** mit mehr zeitlichem Spielraum
- ➔ Anspruch auf **Entgeltfortzahlung** über Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus nur dann, wenn Krankenstand vor Kündigungsausspruch mitgeteilt wurde
- ➔ Ausbau **ambulante Reha**
- ➔ „Reform“ **Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension** und **Rehageld** → Missbrauchsvorwurf v.a. bei psychischen Erkrankungen
- ➔ **Einkommenschutz statt Berufsschutz** / Teilpension statt vollem Pensionsanspruch
- ➔ Ergebnisse medizinischer Gutachten an andere Behörden

- ➔ Anhebung des Zugangsalters zur **Altersteilzeit** (55/60)
- ➔ Abschaffung **Aktion 20.000**
- ➔ 1.200 € Mindestpension bei 40 Beitragsjahren
- ➔ Nur noch maximal 2 Jahre **Teilversicherungszeiten** (z.B. aus Arbeitslosigkeit) für **Frühpensionierungen** (Korridor, Schwerarbeit) anrechenbar (Ausnahme Kindererziehung, Präsenz-, Zivildienst, Pflege)
- ➔ Zuverdienst bis zur Geringfügigkeit auch bei Ausgleichszulage
- ➔ Schwerarbeitsregelung „bedarfsgerecht reformieren“?!

Fazit: großes Misstrauen, wenig Chancen

Regierungsprogramm - ausgewählte Maßnahmen zu folgenden Bereichen:

- 1) Arbeitsmarkt & Arbeitslosigkeit
- 2) **Mitbestimmung**
- 3) Verteilungsgerechtigkeit
- 4) Systemänderungen

Mitbestimmung (1)

Arbeitsrecht - Arbeitnehmerinnenschutz



- ➔ Abschaffung **Jugendvertrauensrat**, BR-Wahl mit Wahlrecht ab 16. LJ
- ➔ Angleichung (=Zusammenlegung) der **Belegschaftsorgane** nach Schaffung eines einheitlichen AN-Begriffs (Angleichung Arb – Ang)
- ➔ **Verlagerung auf betriebliche Ebene** (zB bei Arbeitszeit) – weg von Branchen- bzw. KollV auf Ebene Betriebs- oder Einzelvereinbarung?
- ➔ Gesetzlicher Anspruch auf Sonderzahlungen mangels KollV
- ➔ Änderungen bei Bekämpfung von **Lohn- und Sozialdumping** (Beibehaltung Entgeltbegriff nur in Baubranche – ansonsten „Rückkehr“ zum Grundlohn, Änderungen bei Strafkatalog ...)
- ➔ **GPLA-Prüfungen** (GPLA= gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben) zukünftig nur mehr durch Finanzbehörde

- ➔ Abschaffung „**Kumulationsprinzip**“ („einmalige“ Strafe wird unabhängig von der Häufigkeit der begangenen Strafdelikte bzw. betroffenen Personen)
- ➔ Abbau von **Verwaltungsstrafrecht** (zB ArbVG, AZG, ASchG) mit gleichzeitiger Neuregelung Beweislast (Unschuldsvermutung für AG)
- ➔ Wegfall von **Melde- und Übermittlungspflichten** (AZ, SVP usw.) und „bürokratischer Strukturen“ (zB Arbeitsschutzausschuss im Betrieb)
- ➔ **AN-Schutz: „Beraten statt Strafen“** (Kontrollfunktion AI?), Grundsatz: weg vom Stand der Technik – hin zum „Stand der Praxis“ (Verringerung der technischen Anforderungen, veraltete Arbeitsmittel ...)
- ➔ Prüfung neuer Unternehmer/-innen-Begriff, Prüfung Abgrenzung zwischen EPU und Arbeitnehmer/-innen – wenig zu Digitalisierung der Arbeitswelt

Mitbestimmung (3)

Arbeitszeit

- ➔ Ziel: Verlagerung auf Betriebsebene → Gestaltung Arbeitszeit mit BR u./od. AN → geschwächte Regelungskompetenz durch branchenweite KollV?
- ➔ Generelle Ausweitung der **höchstzulässigen AZ** auf 12 / 60 Stunden – maximale Anzahl an (Sonder-)Überstunden?
- ➔ Sonderüberstunden (§ 7/4 AZG): Wegfall bisheriger Voraussetzungen Gleitzeit im Betrieb – höchstzulässige AZ 12 Stunden – ÜSTD-Zuschläge?
- ➔ Mehrmalige Übertragungsmöglichkeiten von Zeitschulden und –guthaben
- ➔ Mehr Ausnahmen von der **Sonn- und Feiertagsruhe** (4x jährlich ...)
- ➔ Verkürzung der **Ruhezeit im Hotel- und Gastgewerbe** / Tourismus, Erweiterung der Möglichkeiten für Saisonverlängerung
- ➔ Prüfung Schaffung Modell Zeitwertkonto

Fazit: wo bleibt Ausgleich Machtungleichgewicht? Gesundheitsschutz?

Regierungsprogramm - ausgewählte Maßnahmen zu folgenden Bereichen:

- 1) Arbeitsmarkt & Arbeitslosigkeit
- 2) Mitbestimmung
- 3) **Verteilungsgerechtigkeit**
- 4) Systemänderungen

- ➔ **Erweiterung der Beitragsbefreiung/ -reduzierung in der Arbeitslosenversicherung (ALV):** bereits Gesetzesvorlage in Begutachtung
 - betrifft kleines Einkommenssegment zw. 1.381 u. 1.948 € brutto: rd. 450.000 Beschäftigte 300 € Ø / Jahr (für viele weniger), Niedrigstverdienende (v.a. TZ) gehen leer aus
 - zugleich **weniger Leistungen in der ALV für AN** (ALG... siehe oben Kapitel Arbeitslosigkeit), andererseits **vermehrt AMS-Fördergelder für Betriebe** (Lohnsubventionen, Einstellbeihilfen, Lehrstellenförderungen...)

- ➔ **Steuerbonus für (manche) Familien: „Familienbonus“**
 - **reduzierte Lohnsteuer** *bis zu* 1500 € für Eltern mit (in Ö lebenden) Kindern (= Absetzbetrag, Abzug von eigentlich zu zahlender Lohnsteuer)
 - Bonus wirkt für Eltern von 1,2 Mio. der insgesamt 1,7 Mio. Kinder (je nach Einkommens- und somit Steuerhöhe) voll bzw. teilweise
 - niedrigstverdienende Eltern (die keine Lohnsteuer zahlen) von rd. 500.000 Kindern gehen leer aus, weil Bonus *keine* Gutschrift („Negativsteuer“) -> bestehende Steuer-Absetzbeträge (für Alleinerziehende, Alleinverdienende) sollen erhöht werden
 - Kürzung Familienbeihilfe für in Ö (z.B. in der Pflege) arbeitende Eltern von 130.000 im Ausland lebenden Kinder – bereits Gesetzesvorlage / -> kein Familienbonus

➔ Reform der Lohn- bzw. Einkommensteuer

- noch vage: Senkung der Steuertarife für 2020 geplant („Steuerstrukturreform“)
- Abschaffung der „kalten Progression“ (allgem. Inflationsanpassung Steuerstufen wird Besserverdienende überkompensieren, und Geringverdienende schlechterstellen)

➔ Reform der Unternehmensbesteuerung

- weniger Gewinnsteuer für Unternehmen (Körperschaftsteuer – KöSt),
Begünstigungen für nicht-entnommene Gewinne - egal, ob investiert wird

➔ Senkung „Lohn-Nebenkosten“ für Unternehmen

- fix scheint: DG-Beitrag Unfallversicherung von 1,3 auf 0,8 % = 500 Mio €
(allgemeine Unfallversicherungsanstalt - AUVA)
- nochmalige Senkung DG-Beitrag Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)?
- -> Leistungskürzung? Mehr-Kosten für Kranken- u. Pensionsversicherung?

➔ Absenkung der Steuerquote (Steuern & Abgaben in % des BIP)

- Folgen des Steuerausfalls (10 – 12 Mrd. €!): Kürzungen der Leistungen?
- Kürzungspläne allein für 2018: 2,5 Milliarden Euro!

Verteilungsgerechtigkeit (3)

- ➔ **Kürzung bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS)**
 - letztes soziales Absicherungsnetz endet für Familien bei 1500 € (wie OÖ, NÖ)
 - künftig könnten Langzeit-Arbeitslose in der BMS landen (siehe oben) -> Verlagerung von Bundes- auf Landesebene (inkl. Finanzierung?!)
- ➔ **keine Vermögenssteuer, aber Privatvermögen wird begünstigt**
 - Grunderwerbssteuer: höherer Freibetrag bei Betriebsübergaben - dzt. 900.000 €
 - Entfall Gebühren bei Immobilien-Eigentumserwerb
 - mehr Steuergeld für private und für betriebliche Altersvorsorge, Förderung DG-Beiträge Pensionskassen -> Folgen für solidarische Pensionssystem?
 - aber: Vermögenszugriffe bei Arbeitslosen (siehe oben, Kapitel Arbeitsmarkt)
- ➔ **Alles für den „Standort“? Neu in die Verfassung:**
 - Bekenntnis „wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort
 - „Schuldenbremse“ (-> Gerechtigkeits- und Investitionsbremse!)

Fazit: viel für Unternehmen, wo bleibt soziale Ausgewogenheit?

Regierungsprogramm - ausgewählte Maßnahmen zu folgenden Bereichen:

- 1) Arbeitsmarkt & Arbeitslosigkeit
- 2) Mitbestimmung
- 3) Verteilungsgerechtigkeit
- 4) **Systemänderungen**

Systemänderungen (1)

Gesetzesänderungen und Selbstverwaltung



- ➔ Maximal 5 **Sozialversicherungsträger** statt 21 – Selbstverwaltung ad absurdum führen durch zusätzliche Regierungsvertreter/-innen („Verwaltungsrat“)
- ➔ eine österreichische Krankenkasse „**ÖKK**“ statt Gebietskrankenkassen – regionale Entscheidungskompetenz obsolet und Gelder zum Land
- ➔ **Sozialversicherungsbeiträge**: Einhebung und Prüfung (inkl. Kontrolle Unterentlohnung und Scheinselbständigkeit!) nicht mehr durch Krankenkassen sondern durch Finanzamt – auch AK Umlage!
- ➔ **AUVA** – massive finanzielle Kürzungen UKH! – Überführung mit Integration von AI zu Agentur für Unfallverhütung, Arbeitsinspektion und Arbeitsschutzberatung
- ➔ **AMS**: Mitwirkung der Sozialpartner wird beschnitten, Durchgriffsrecht des Ministeriums wird erhöht

Systemänderungen (2)

Strukturen, Sozialpartnerschaft

- ➔ **Neukodifizierung ASVG** in einzelne „Bücher“
- ➔ **Verlagerung von KollV zu Betrieben** mit gleichzeitiger Schwächung Betriebsräte/-innen
- ➔ **Alle Gesetze vor 2000** werden in Frage gestellt!
- ➔ kein „**Gold-Plating**“ mehr (zynisch - „Vergoldung“ EU-Recht): öst. Standards (im Arbeits-, Sozial-, Umwelt-Recht etc.) sollen **NICHT** mehr über EU-Mindeststandards hinausgehen dürfen
- ➔ Weisungsbefugte **Generalsekretär/-innen** in den Ministerien
- ➔ Schwächung der **AK** und der **Sozialpartnerschaft**



MACHT DICH

STARK!